

**RECHTE, RASSISTISCHE UND ANTISEMITISCHE
GEWALT IN BAYERN 2023 (ohne München)**

164
BETROFFENE

125
ANGRIFFE



Rechte Angriffe 2023 in Bayern – B.U.D. veröffentlicht erstmals Zahlen

B.U.D. stellt im Frühjahr 2024 erstmals Zahlen für in Bayern¹ erfasste rechte Angriffe vor. Dieses Monitoring arbeitet mit einem klar definierten Angriffsbegriff, der (versuchte) Tötungen, Körperverletzungen, Brandstiftungen, Bedrohungen und massive Sachbeschädigungen mit einer rechten Tatmotivation zählt. Die Erfassungskriterien entsprechen den gemeinsamen festen Kriterien des Dachverbands VBRG und orientieren sich am polizeilichen Erfassungssystem der politisch motivierten Gewalt – rechts (pmK-rechts).

Das Monitoring von B.U.D. zeigt, dass statistisch jeden dritten Tag in Bayern (ohne München) im vergangenen Jahr Menschen aus rassistischen, antisemitischen oder anderen rechten Motiven heraus angegriffen wurden. Die Beratungsstelle B.U.D. registrierte 2023 insgesamt 125 Angriffe mit 164 Betroffenen.

Die erste Gewalttat 2023 ereignete sich in der Silvesternacht: Ein antisemitisch motivierter Brandanschlag auf die Synagoge in Ermreuth begangen von einem extrem rechts eingestellten Täter. Der weitere Jahresbeginn war vor allem durch extrem rechte Agitationen vor und gegen geplante oder bereits bestehende Geflüchtetenunterkünfte geprägt. Im Laufe des Jahres setzten sich die rechts motivierten Angriffe, Brandstiftungen und Bedrohungen fort. Ab dem 07.10.2023 verzeichnet unser Monitoring und insbesondere die Auswertung von RIAS Bayern² einen deutlichen Anstieg antisemitischer Straftaten.

Am häufigsten wurden Menschen 2023 aufgrund von Rassismus angegriffen: 53 % der Vorfälle rechter Gewalt weisen Rassismus als Tatmotivation auf. Als weitere gehäufte Tatmotive leiten wir Antisemitismus, LGBTIQ*-Feindlichkeit und eine politische Gegnerschaft ab. Rechte Gewalt wirkt immer als sogenannte Botschaftstat. Ein Angriff richtet sich nicht nur direkt gegen die einzelnen Betroffenen, sondern zielt auch immer auf ihr soziales Umfeld bzw. die gesamte Community ab, für welche die Betroffenen – aus Wahrnehmung der Täter*innen – stellvertretend stehen.

Betroffene rechter Gewalt können unterschiedlichen Angriffsmotivationen ausgesetzt sein. Dazu ein Beispiel: Eine trans*Frau of color, die politisch gegen rechts aktiv ist, kann aus rassistischer oder queer-feindlicher Motivation oder aufgrund einer politischen Gegnerschaft heraus angegriffen worden sein. Die statistische Erhebung gibt hier leider (noch) nicht die entsprechend differenzierten Auskünfte. Zumindest lässt sich jedoch feststellen, dass in 8 Fällen eine multidimensionale Tatmotivation vorliegt.

Bei 54 Angriffen handelt es sich um Bedrohungen und Nötigungen. Für Betroffene können solche Erlebnisse oftmals sehr belastend sein und haben nicht selten

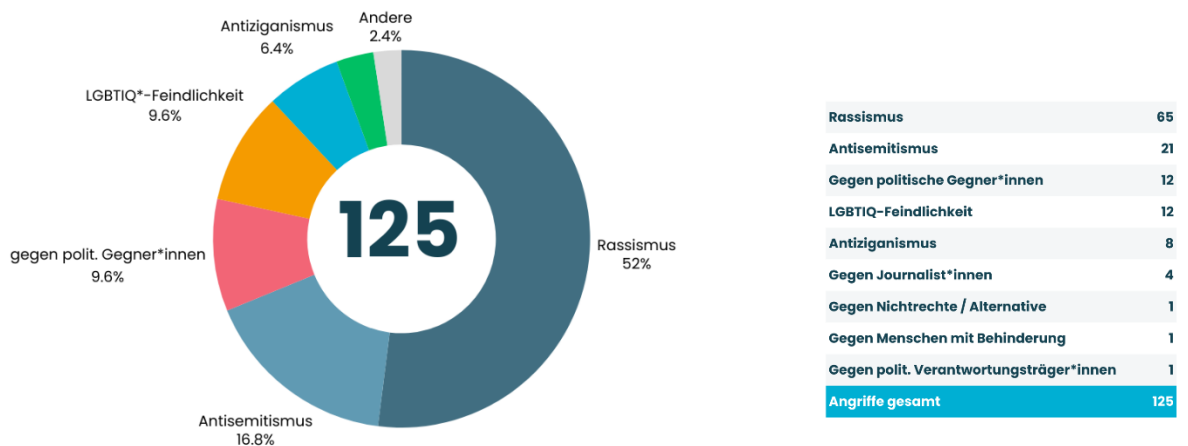
¹ Die Zahlen beziehen sich auf Gesamtbayern jedoch ohne das Stadtgebiet München. Für das Stadtgebiet München liegt die Zuständigkeit der Erfassung und Beratung bei der Beratungsstelle BEFORE.

² Vgl.: [Report Antisemitism \(report-antisemitism.de\)](https://report-antisemitism.de)

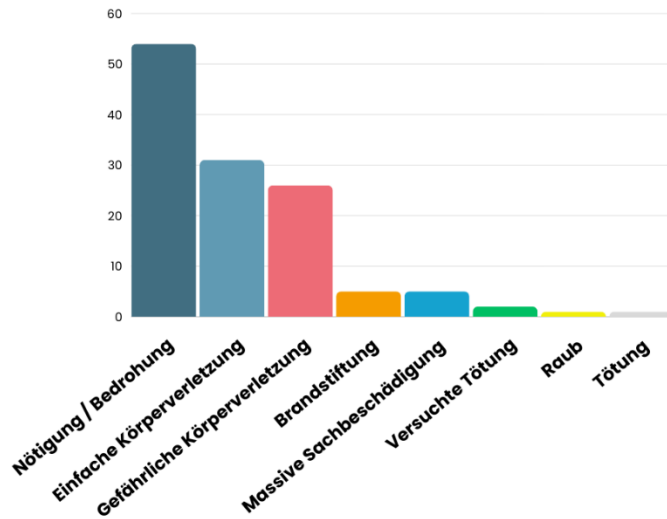
verheerende Auswirkungen auf ihren Alltag. Rund die andere Hälfte der Angriffe ging mit einem hohen Maß an körperlicher Gewalt einher – knapp 50% der Angriffe waren Körperverletzungsdelikte. So tötet im Frühjahr 2023 ein radikalisierte Impfgegner seine Mutter, weil sie seinen jüngeren Bruder impfen lassen will. Darüber hinaus verzeichnen wir in 2023 zwei rassistisch motivierte Tötungsversuche, bei denen die Betroffenen nur durch Glück und schnelle medizinische Hilfe überlebten.

Für Jutta Neupert, Vorstandsmitglied des Trägervereins B.U.D. e.V., zeigen die Ergebnisse unseres Monitorings das erschreckende Ausmaß rechter Gewalt in Bayern auf: *„Durch die Veröffentlichung dieser Zahlen wollen wir auf die wirklich beängstigende hohe Zahl rechtsmotivierter Gewaltdelikte dringlich aufmerksam machen. Immer noch scheint rechte Gewalt nicht als solche wahrgenommen zu werden. Das muss sich ändern, um die von ihr ausgehenden Gefahren endlich ernst zu nehmen. Auch wenn wir über Angriffszahlen sprechen – hinter jeder Zahl stehen Menschen und ihre Schicksale. 164 Betroffene von rechter Gewalt sind 164 zu viel.“*

TATMOTIVE

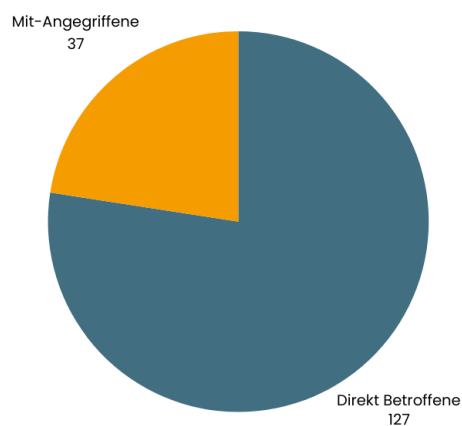


TATBESTÄNDE



Nötigung / Bedrohung	54
Einfache Körperverletzung	31
Gefährliche Körperverletzung	26
Brandstiftung	5
Massive Sachbeschädigung	5
Versuchte Tötung	2
Raub	1
Tötung	1
Angriffe gesamt	125

ANZAHL DER BETROFFENEN



Zu unseren Zahlen

Die Polizei in Deutschland führt eine Statistik anhand ihres Definitionssystems „politisch motivierte Kriminalität“, das 5 Phänomenbereiche erfasst, von denen uns insbesondere das Themenfeld „politisch motivierte Kriminalität – rechts“ interessiert. In Bayern wird diese Statistik innerhalb des Verfassungsschutzberichts des Vorjahres meist im April durch den Innenminister vorgestellt. Genauere Angaben zu einzelnen Straftaten wie z.B. Ort, Datum, Straftatbestand, Anzahl Betroffene usw., finden sich hier allerdings nicht wieder. Somit ist es für uns als Beratungsstelle schwer nachzuvollziehen, welche rechten Angriffe und Gewalttaten von der bayerischen Polizei überhaupt als solche erfasst werden³. Anhand der im bayerischen Landtag und im Bundestag hierzu gestellten Kleinen Anfragen lassen sich diese Informationen mal mehr und mal weniger gut recherchieren und zuordnen, in der Regel müssen wir allerdings mühselige Recherchearbeit leisten.

In den Vorjahren mussten wir feststellen, dass sich viele der uns bekannten rechten, rassistischen und antisemitischen Angriffe nicht in der polizeilichen Statistik zur „politisch motivierten Kriminalität“ wiederfinden.

Der bayerische Verfassungsschutzbericht 2023 registriert 52 „rechtsextremistisch motivierte Gewaltdelikte“⁴ für ganz Bayern und erfasst somit deutlich weniger als die von B.U.D. (ohne München) erhobenen Zahlen. Die Gründe hierfür mögen vielfältig sein. Die große Dunkelfeldstudie des BKA⁵ hebt deutlich hervor, dass viele rechte Angriffe überhaupt nicht erst zur Anzeige gebracht werden. Das deckt sich mit unseren Erfahrungen, denn einige Angriffe wurden aufgrund bestehender Hemmnisse nicht bei der Polizei angezeigt.

Doch die diagnostizierte Dunkelziffer hat noch andere Ursachen. So beobachtet B.U.D. gemeinsam mit vielen anderen Opferberatungsstellen bundesweit seit Jahren, dass viele rechte Gewalttaten von der Polizei nicht als politisch motiviert eingestuft werden. Zudem nimmt B.U.D. wahr, dass als „politisch motiviert - rechts“ einzustufende Angriffe vermehrt in der Polizeistatistik „pmK-sonstiges“ landen – und damit auch hier die rechte Tatmotivation aus dem öffentlichen Blickfeld verschwindet. In 2022 fanden wir beispielsweise die Einstufung einer gefährlichen Körperverletzung, begangen durch einen sogenannten „Reichsbürger“ in der Kategorie „pmK-sonstiges“ wieder.

Die bereits erwähnte Tötung der Frau durch einen radikalisierten Impfgegner im Frühjahr 2023 stellt hier ein besonders krasses Beispiel für die Nichtanerkennung der politisch rechten Tatmotivation dar. Doch es braucht dafür nicht diese extremen Beispiele, es gibt viele Beleidigungen und Bedrohungen, die wir aus der Beratungsarbeit kennen, die nicht als „politisch motiviert – rechts“ eingestuft werden.

³ Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung unserer Zahlen wurden die Kleinen Anfragen zu pmK-Straftaten 2023 vom Bayerischen Innenministerium noch nicht beantwortet.

⁴ Verfassungsschutzbericht Bayern 2023, S. 147

⁵ [BKA - Listenseite für Pressemitteilungen 2022 - BKA stellt bislang größte Dunkelfeldstudie Deutschlands vor](#)

Die Beratungsstelle B.U.D. und die Polizei

Von vielen rechtsmotivierten Angriffen erfahren wir nicht selten erst über deren Einstufung in der polizeilichen Statistik und/ oder durch die Durchsicht der Kleinen Anfragen im Bundestag/ Landtag. Und erst dann, lange nach dem Tathergang, besteht für uns überhaupt die Möglichkeit, Kontakt zu den Betroffenen zu suchen.

Die Bewertung einer Gewalttat durch die Polizei und ihr Umgang mit Beteiligten im Erstkontakt nach einem rechten Angriff wirkt sich auf die Betroffenen aus: eine fehlende oder falsche Einschätzung durch staatliche Institutionen negiert die Betroffenenperspektive auf den Angriff, der Zugang zu unterstützenden Ressourcen kann dadurch behindert werden. Letztendlich erschwert dies für die Betroffenen die Bewältigung der Tatfolgen und verhindert gute Verarbeitungs- und Unterstützungsprozesse.

B.U.D. hat im letzten Jahr viel Recherchearbeit geleistet, um frühzeitig über Pressemeldungen, Kooperationspartner und Social Media von rechten Angriffen in Bayern Kenntnis zu gewinnen, und im besten Fall ein Kontaktangebot an die Betroffenen zu übermitteln. Insgesamt haben wir bei 94 der 125 rechten Angriffe recherchiert, um Kontakt zu den Betroffenen herzustellen und sie über unser Beratungsangebot zu informieren. Hier könnte die Arbeit der Polizei, vorausgesetzt der rechts-motivierte Angriff wird als solcher wahrgenommen, z.B. durch eine entsprechend transparente Pressearbeit, erheblich dazu beitragen, rechte Gewalt als solche zu benennen und sichtbar zu machen.

Ein erster wichtiger Schritt ist unser Kontakt mit Michael Weinzierl, dem „Beauftragten der Bayerischen Polizei gegen Hasskriminalität, insbesondere Antisemitismus“. Darüber hinaus schätzen wir die Kooperation zwischen unserer Beratungsstelle B.U.D. und dem Polizeipräsidium Mittelfranken sehr positiv ein: Seit Mai 2023 arbeitet das PP Mittelfranken an einem internen Workflow, bei dem Betroffene von pmK-rechts/ Hasskriminalität auf das Beratungsangebot von B.U.D. hingewiesen werden. In solchen Fällen fragen Polizeibeamten an, ob sie die Kontaktdaten der Betroffenen an B.U.D. weitergeben dürfen, um unseren Berater*innen einen direkten und zeitnahen Kontakt zu ermöglichen.

Alexander Thal, ebenfalls im Vorstand bei B.U.D. e.V. hierzu: *„Die Polizei in Bayern muss flächendeckend an der Wahrnehmung und Sichtbarmachung rechter Angriffe mitarbeiten. Hierzu braucht es eine Fortsetzung der bereits begonnenen Sensibilisierung der Beamten zum Definitionssystem politisch motivierter Kriminalität, zum Thema Hasskriminalität und insbesondere zur Betroffenenperspektive - und eine kontinuierliche Ausweitung des Austauschs zwischen einzelnen Polizeipräsidien und der Beratungsstelle B.U.D.“*

Trotz unserer Beratungs- und Recherchearbeit ist von einem großen Dunkelfeld auszugehen. Deshalb bedarf es auch in Zukunft weiterer Anstrengungen, dieses bestmöglich zu erhellen und das Ausmaß rechter Gewalt sichtbar zu machen. Ziel

muss sein, dass Betroffene möglichst frühzeitig nach einem Angriff unterstützt und bei dem belastenden Prozess der Anzeigenstellung und im Strafverfahren gestärkt werden. Ihre Erfahrungen und die strukturell-politischen Dimensionen der Taten als solche müssen gesellschaftlich anerkannt werden.

Hintergrundpapier zur Veröffentlichung der Statistik Rechter Gewalt 2023 in Bayern (ohne München)

Impressum:

B.U.D. e. V.

Postfach 44 01 53 | 90206 Nürnberg

+49 (0) 151 21653187 | info@bud-bayern.de | www.bud-bayern.de